

DKP-Informationen

Nr. 5/2012 - 29. November 2012

11. Parteivorstandstagung

24./25. November 2012

Referate

Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Frauenpolitik der DKP
Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
3. Beschlüsse
4. Schlusswort

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
– Beschluss zu Tagesordnung und Zeitplan
2. Frauenpolitik heute
Referentin: Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP
3. Diskussion
4. Beratung und Beschlussfassung: Anträge an die Parteivorstandstagung
5. Beratung und Beschlussfassung: Zur weiteren Vorbereitung des 20. Parteitages
- Anträge des Parteivorstandes
- Zur personalpolitischen Debatte
6. Schlusswort

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Frauenpolitik heute

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Referat heute wurde nach thematischer Beratung im Frauenarbeitskreis und mit Unterstützung einiger Genossinnen des Arbeitskreises erarbeitet. Dafür möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich Danke schön sagen!

Gleichzeitig möchte ich feststellen, dass der Ansatz, das Wissen aus unterschiedlichen Bereichen und Kompetenzen zu nutzen und dieses gemeinsam zur Diskussion zu stellen, ein richtiger Weg ist, um gemeinsame Einschätzungen der Gesamtpartei zur Verfügung und zur Diskussion zu stellen. Dies galt in der Vergangenheit besonders für die Arbeit in Leitungs- und Arbeitsgremien.

Für den Parteivorstand, die Vorsitzende und ihre StellvertreterInnen sowie das Sekretariat gilt das seit dem 19. Parteitag im Oktober 2010 nicht mehr. Das haben wir an verschiedenen Stellen bereits erklärt, jedoch anscheinend nicht klar und eindeutig genug.

Deshalb gestattet hier noch einmal die kurze Erklärung: Referate zu den Tagungen des Parteivorstandes werden von einem/einer Genossen/in erarbeitet, die/der thematisch in dem Bereich tätig/verantwortlich ist. Es sind keine kollektiven Referate des Sekretariats! Die ReferentInnen können selbstverständlich andere GenossInnen, auch des Kollektivs, konsultieren oder um Unterstützung beim Erarbeiten bitten. Es ist allerdings jedem/jeder selbst überlassen, es zu tun oder nicht. Die Referate sind also für alle Mitglieder des Parteivorstandes unbekannt. Auch werden Referate auf unseren PV-Tagungen nicht beschlossen – sie stellen die Meinung des/der Referenten/in dar und nichts anderes. Darüber wird diskutiert oder auch nicht, d.h. auch wenn Passagen nicht diskutiert werden, bedeutet dies nicht zwingend Zustimmung zum Gesagten, ebenso wenig wie ablehnende Diskussion eine Korrektur des Referates bedeuten. Wenn Zustimmung oder Ablehnung des Parteivorstandes erfolgen soll, muss dies immer über einen Beschlussantrag und Abstimmung geschehen – diese werden bei Annahme dann auch in der DKP-Information zur Information für die Gesamtpartei veröffentlicht. Die Fragen hierzu in den vergangenen Wochen, auch aufgrund des Referats zur Organisationspolitik auf unserer letzten Tagung, macht diese Klarstellung nötig.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme zu einigen aktuellen politischen Fragen.

Wir haben in unserem Programm geschrieben „Den Gewerkschaften kommt für die Organisierung der Arbeiterklasse und für das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen eine Schlüsselrolle zu.“

Welche mobilisierende Kraft von ihnen ausgehen kann, zeigen insbesondere die Länder, in denen mit Streiks und Generalstreiks der Widerstand aus den Betrieben auf die Straße getragen wird, wie in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien. Dies vor allen Dingen auch dort, wo sich die Gewerkschaften gemeinsam mit anderen Bewegungen auf Forderungen und Ziele verständigt haben, der Kampf gegen die Diktate der Regierungen gemeinsam geführt wird. In diesen, aber auch in anderen Ländern, wächst das Bewusstsein, dass nur durch aktives Handeln Veränderungen im Interesse der Mehrheit der Menschen erreicht werden können.

Der 14. November machte es deutlich. Der Europäische Gewerkschaftsbund EGB hatte zum „Aktions- und Solidaritätstag“ mit „Streiks, Demonstrationen, Versammlungen und anderen Aktionen“ aufgerufen. Protestiert wurde gegen die von der Troika und maßgeblich der Bundesregierung weiter vorangetriebenen Kürzungsdiktate, die das europäische Sozialmodell endgültig zu Grabe tragen würden, und den von den Regierungen geplanten weiteren Umbau der EU in den nächsten Monaten. Zum ersten Mal haben Gewerkschaften mehrerer europäischer Länder – Spanien, Portugal, Italien, Zypern, Malta, Griechenland – zu einem Generalstreik am gleichen Tag aufgerufen. In Belgien standen alle Züge still.

Dies ist ein gewaltiger Fortschritt im europaweiten Kampf gegen die Austeritätspolitik.

In der BRD wurde zwar nicht so sehr für die Teilnahme mobilisiert, trotzdem ist es ein Erfolg, dass sich der DGB dem Aufruf zum 14.11. angeschlossen hat. Und es gab Aktionen wie Flugblattverteilungen, Betriebsversammlungen und auch in einer Reihe von Großstädten Kundgebungen und Demonstrationen.

Europaweit können wir einen Aufschwung der Kämpfe gegen Sparprogramme und den Fiskalpakt feststellen.

Im Herbst gab es Demonstrationen mit jeweils mehr als hunderttausend TeilnehmerInnen in Spanien, Portugal, Großbritannien, Frankreich.

In Portugal ist erstmals eine Regierung unter dem Druck der Proteste eingeknickt.

In Rom haben über 100.000 Menschen gegen die Monti-Regierung und gegen den Fiskalpakt demonstriert.

Im belgischen Genk demonstrierten Zehntausende gegen die beabsichtigte Schließung der Fabrik von Ford. Die IG Metall fuhr von Ford Köln mit 9 Bussen nach Genk. Unsere GenossInnen verteilten vor Fordwerken ihrer Regionen Solidaritätsflugblätter. Genossen waren in Genk und haben dort mit GenossInnen der Partei der Arbeit Belgiens und Beschäftigten der Betriebe dort Gespräche geführt. Geplant wurden Veranstaltungen mit Arbeitern aus Genk in Köln, zu denen dann auch die Belegschaften aus dem Fordwerk Köln eingeladen werden. Information ist Solidarität!

In Griechenland und in Frankreich hatten linke Kräfte Wahlerfolge, aber auch die guten Ergebnisse der Wahlen in den letzten Monaten in Dänemark, Belgien und Tschechien nehmen wir wahr.

Verwiesen werden muss in jedem Fall auf Griechenland und den nach wie vor anhaltenden Widerstand gegen die Politik der Troika.

Wir bekräftigen von dieser Stelle unsere Solidarität mit allen fortschrittlichen Kräften dort, die den Widerstand organisieren, mit allen, die sich an den Aktivitäten beteiligen. Unsere Solidarität gehört den Parteien, die gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Bevölkerung Widerstand aufbauen.

Alle diese Beispiele zeigen, dass der soziale Protest und Widerstand in vielen Ländern Europas zunimmt, vor allem dort, wo sich die politische Linke als bündnisfähig erwiesen und Alternativen entwickelt hat.

In dem Wissen, dass über den gemeinsamen Protest hinaus noch mehr an Übereinstimmung, an gemeinsamen Alternativen, Projekten und Strategien gefunden werden müssen, gibt es zunehmend europäische Tagungen, Konferenzen u.ä. An dem vor 14 Tagen in Florenz stattgefundenen Nachfolge-treffen des Europäischen Sozialforums haben auch GenossInnen unserer Partei teilgenommen. Solche Treffen sind ein Schritt, um die momentane Zersplitterung der Kräfte zu überwinden.

Wenn es im Antrag des Parteivorstandes über den Zustand der oppositionellen Kräfte heißt:

„Es fehlt ein gemeinsames »Zukunftsprojekt«, dann können wir zwar auf unser Zukunftsprojekt den Sozialismus verweisen; wir wissen jedoch, dass es in weiter Ferne liegt. Doch es gilt jetzt, die politischen Achsen nach links zu verschieben, die Macht der Monopole zurück zu drängen, Übergänge zu suchen. Wir sind gefordert, unsere Vorschläge für ein gemeinsames »Zukunftsprojekt«, für eine gerechte, solidarische und demokratische Gesellschaft in die Debatte einzubringen.

Wenn uns dies gelingt, wenn es uns dann dadurch und darüber hinaus gelingt, den Sozialabbau, den Demokratieabbau, die Rechtsentwicklung, die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriege zu beenden, dann sind wir ein gutes Stück vorangekommen auf dem Weg zum Sozialismus.

Wie wichtig es ist, diese Etappe unseres Weges zu erreichen, machen auch die Beispiele in unserem Land deutlich.

Wir wissen, dass die Funktion und der Mechanismus des Euro-Rettungsschirmes und des Fiskalpaktes eine Kriegsmaschinerie zur Umverteilung von unten nach oben ist, zur Zerstörung von Arbeiterrechten, der Zerschlagung sozialer Sicherungssysteme, der Privatisierung öffentlichen Eigentums und der Aushöhlung der Demokratie.

Das Ziel ist es, die Arbeitskosten in Europa so weit zu senken, dass Europa als Produktionsstandort konkurrenzfähig gegenüber den Schwellenländern China, Indien, Brasilien usw. bleibt. Dafür ist den Herrschenden jedes Mittel recht.

Die Auswirkungen dieser Politik und der Krise sehen wir in anderen Ländern. Und jetzt bleibt auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft nicht mehr länger verschont.

Trotz Kürzungspaketen und Einschnitten für die Mehrheit der Bevölkerung wurde noch vor einem Jahr von den Regierungsparteien von einem „Aufschwung“ der Wirtschaft geredet. Doch jetzt geht auch „Sonderfall Deutschland“ zu Ende. Der Export bricht ein.

- MAN stellt die Produktion für vier Wochen ein. Leiharbeiter und befristet Beschäftigte werden auf die Straße gesetzt (ohne Rechte)
- Sparprogramme finden bei Daimler und Siemens statt

Allein in der europäischen Automobilindustrie besteht gegenwärtig eine Überkapazität von 12 Fabriken. Wie der Fiat-Chef Marchionne sagte: Es wird ein „Blutbad“ in der europäischen Automobilindustrie geben.

Welche Antworten darauf die europäischen Gewerkschaften, die Belegschaften der betroffenen Betriebe geben, wie sich die Tarifkämpfe im Frühjahr in der BRD entwickeln, das ist die eine Frage, die es zu beantworten gilt. An dieser Antwort mitzuarbeiten, nämlich durch aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften und in den betrieblichen Versammlungen und den Ebenen der Gewerkschaften, das ist unsere Aufgabe. Und es wird darauf ankommen, die betroffenen KollegInnen in diesem Bereich nicht allein zu lassen. Die Auswirkungen werden sich überall zeigen: die Bedrohung von Arbeitsplätzen und ganzer Betriebe in anderen Bereichen wird folgen: Dienstleistungen, Kultur, Sport, Bildung – überall wird es zu dramatischen Einbrüchen kommen. Das gilt es aufzuzeigen, zu Aktionen und Aktivität zu mobilisieren.

Jetzt mach- und durchsetzbare Alternativen aufzuzeigen, daran mitzuarbeiten, das ist eine Aufgabe, bei der KommunistInnen gefragt sind.

In unserem Antrag zum 20. Parteitag sagen wir: „Derzeit ist noch völlig unklar, ob sich aus den aktuellen Auseinandersetzungen in Europa eine andere gesellschaftliche Dynamik entwickeln kann. Eine Dynamik, die auch hier neue Kräfte mobilisiert, Mut macht, zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses beiträgt, das in Richtung sozialen und demokratischen Fortschritts führt – und letztlich den Weg in Richtung Sozialismus öffnen kann.“

Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen Wochen fand international nicht nur der Wahlkampf in den USA mit der erneuten Präsidentschaft Obamas das Interesse der Öffentlichkeit. Im Nahen und Mittleren Osten wird die Situation immer bedrohlicher, für die Bevölkerungen tödlicher.

Und die Bundesregierung beteiligt sich an dem weiteren Schüren des Feuers. Sie unterstützt immer offener die reaktionäre türkische Politik gegenüber Syrien. Nach Frankreich hat jetzt auch Großbritannien die in Doha gebildete „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ – also der militanten syrischen Opposition – als „einzig legitime Vertretung des syrischen Volkes“ anerkannt. Der EU, den USA, Saudi-Arabien, Katar und der Türkei geht es um den Sturz des syrischen Regimes. Mit der Unterstützung der militanten Opposition in Syrien wollen sie ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele in der Region sichern.

Lediglich Russland und China setzen sich für eine friedliche Lösung ein. Russlands Außenminister Lawrow erklärte: „Wir halten an der Genfer Erklärung fest, die die Bildung einer Übergangsverwaltung auf der Basis von Übereinkommen zwischen den jetzigen Behörden und der Opposition vorschlägt. Nur sollte die Opposition sich zusammenschließen, um das auf der Basis der Genfer Erklärung zu erreichen.“

Und fast nebenan setzte Israel militärische Angriffe auf Gaza. Deutlich machen sie, dass die israelische Regierung in der Politik zu Palästina zu keiner Änderung bereit ist. Die Forderung nach einem eigenen Staat Palästina in den Grenzen von 1967 wird, wenn es nach dem Willen reaktionärer Politiker in Israel geht, nicht umgesetzt. Im Gegenteil wird jedes Mittel genutzt, um einer möglichen solidarischen Haltung anderer Staaten gegenüber Palästina entgegenzuwirken.

Die Tatsache, dass die UN in der nächsten Woche wieder über den Antrag Palästinas auf eben diesen Staat berät, scheint Israel Grund genug, darauf aufmerksam zu machen, was sie von einer positiven Resolution der UN-Vollversammlung halten würde. Dies mit Angriffen auf Gaza, unter dem Vorwand, gegen die Hamas vorgehen zu müssen. Die USA mit ihrem neugewählten Präsidenten, die EU und die Regierung der BRD hatten nichts Eiligeres zu tun, als sich umgehend auf die Seite Israels zu

schlagen. Trotz des ausgehandelten Waffenstillstands wurde an der Grenze wieder geschossen, ein Palästinenser wurde getötet.

Wir betonen unsere Solidarität mit der Bevölkerung Palästinas, den Friedenskräften in Israel und den demokratischen und kommunistischen Parteien in diesen Ländern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

alles bis hier Gesagte hat auch Auswirkungen auf das Leben und die Arbeit von allen Menschen, also auch von Frauen.

Nun zu dem Thema unserer heutigen Parteivorstandstagung, welches in 3 Bereiche untergliedert ist:

1. Veränderungen im weiblichen Teil der Arbeiterklasse und Reproduktionsbereich
2. Die herrschende Politik
3. Kräfte des Widerstandes

Zu den Veränderungen im weiblichen Teil der Arbeiterklasse und im Reproduktionsbereich:
In der Tradition von Clara Zetkin hat für kommunistische Frauenpolitik die Erwerbsarbeit der Frauen und deren Rahmenbedingungen strategische Bedeutung. Hier hat sich in den letzten Jahren vieles verändert. Sich darüber Klarheit zu verschaffen, ist aber nicht nur wichtig für die Entwicklung unserer Frauenpolitik.

Es ist wichtig für die Anlage unserer gesamten Politik, denn die Lage der Hälfte der Klasse betrifft nicht nur diese Hälfte, sondern die Klasse in ihrer Gesamtheit. In unserem Programm stellen wir fest: „Frauenunterdrückung ist zentraler Bestandteil kapitalistischer Ausbeutung. Der Kampf gegen sie kann nur im engen Zusammenwirken mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erfolgreich sein. Er liegt im Interesse der gesamten Klasse.“

Bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit von Frauen gibt es 3 wichtige Trends:

- a) Frauen sind qualifizierter als früher (und oft auch als Männer!) – gleichzeitig beschränken sich Frauen immer noch auf bestimmte Bereiche in Ausbildung und Berufstätigkeit
- b) mehr Frauen sind erwerbstätig – gleichzeitig sind viele Frauen unterbeschäftigt
- c) Frauenerwerbsarbeit weist noch immer viele Besonderheiten auf

Zu a)

Alle Bildungsstudien belegen es: Frauen haben in den letzten Jahren nicht nur Defizite in Bildung und Ausbildung wettmachen können, die jungen Frauen haben inzwischen die jungen Männer „überholt“: Mädchen machen die höheren und die besseren Schulabschlüsse, junge Frauen stellen inzwischen mehr als die Hälfte der Studienanfänger und der Hochschulabsolventen.

Doch die meisten der jungen Frauen mit diesen guten Schulabschlüssen konzentrieren sich noch immer auf typische Frauenbereiche: Kauffrau im Einzelhandel, Verkäuferin, Bürokauffrau, medizinische Fachangestellte/Arzthelferin und Frisörin. Mit der Mediengestalterin schafft es nur ein eher technischer Beruf unter die Top 25. Bei den Studienfächern sind BWL, Germanistik, Medizin, Jura und Erziehungswissenschaften erste Wahl für Frauen.

In den Ingenieurwissenschaften stellen Frauen nur ein Fünftel der Studierenden, auch in anderen der sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) steigt der Frauenanteil nur langsam an – trotz Girls-Day und Förderungsprogrammen.

Problematisch bleibt die Bildungs- und Ausbildungssituation für viele junge Frauen mit Migrationshintergrund. Laut einer Anfang November veröffentlichten Studie des Zentrums für Türkeistudien zur Integration türkeistämmiger Zuwanderer in NRW verfügen 58 Prozent der jungen Frauen aus dieser Gruppe über keine Berufsausbildung, nur knapp ein Fünftel hat eine Lehre absolviert.

Die Familienministerin Kristina Schröder sieht es so:

„Die Wahrheit sieht doch so aus: Viele Frauen studieren gern Germanistik und Geisteswissenschaften, Männer dagegen Elektrotechnik – und das hat eben auch Konsequenzen beim Gehalt. Wir können den Unternehmen nicht verbieten, Elektrotechniker besser zu bezahlen als Germanisten.“

Womit ich zum Punkt b.) komme:

Frauen wollen im Berufsleben zeigen, was sie können, und sie wollen finanziell auf eigenen Füßen stehen. Erwerbstätigkeit gehört zur Lebensplanung der Frauen von heute und die Frage Kinder oder Karriere halten die meisten für nicht mehr zeitgemäß. Dazu passt, dass die in West-Deutschland traditionell geringe Erwerbstätigenquote der Frauen stetig gewachsen ist und inzwischen bei ca. zwei Drittel liegt.

Gleichzeitig sind viele Frauen unterbeschäftigt. Dazu gehören zunächst die erwerbslosen Frauen und die Frauen der sogenannten Stillen Reserve, die sich wegen ihrer persönlichen Situation (Ausbildung, Alter, Kinder, zu pflegende Angehörige...) gar nicht mehr arbeitssuchend melden. Dazu gehören aber auch viele der in Teilzeit und /oder geringfügig beschäftigten Frauen, die gern länger arbeiten würden.

Denn während der Anteil der beschäftigten Frauen zwischen 1991 und 2010 um 16 Prozent stieg, wuchs das von ihnen geleistete Arbeitsvolumen nur um 4 Prozent. Mehr Frauen sind erwerbstätig, aber gemessen in Vollzeitäquivalenten stagniert die Frauenerwerbstätigkeit seit Jahren. Immer mehr Frauen teilen sich also ein im Prinzip konstantes Erwerbsarbeitsvolumen.

Die Ursache dafür ist der Trend zu immer mehr und immer kürzerer Teilzeit bei erwerbstätigen Frauen. Dabei erfolgte der Zuwachs der Frauenerwerbstätigkeit in den 80er Jahren über die Schaffung zusätzlicher Teilzeitarbeitsverhältnisse, ab 1991 haben wir es mit einer Umwandlung von Vollzeit- in Teilzeitplätze und Mini-Jobs zu tun.

Teilzeitbeschäftigung hat sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt. Inzwischen arbeitet mehr als die Hälfte der weiblichen Beschäftigten in Teilzeit (1991: 30,7 Prozent), bei den Müttern sind es sogar fast vier Fünftel. Auch wenn die Teilzeitquote der Männer in den letzten Jahren ebenfalls zugenommen hat (2010: 17,6 Prozent, 2001: 3,9 Prozent), stellen Frauen noch immer drei Viertel der Teilzeitbeschäftigten.

Zu c):

Frauen sind nach wie vor weitgehend allein für Haus- und Sorge(Care)Arbeit zuständig. Das gilt gesamtgesellschaftlich wie privat. Sie stellen über 80 Prozent der Beschäftigten in den – in der Regel schlecht bezahlten und extrem belastenden – Gesundheits- und Pflegeberufen. Laut Familienmonitor 2012 stimmen darüber hinaus 70 Prozent der befragten und sogar 51 Prozent der vollzeitbeschäftigten Mütter Hausarbeit und Kindererziehung weitgehend allein. Das, sowie eine in Europa einzigartige Betreuungs-Infrastruktur mit fehlenden Krippenplätzen, Halbtagskindergärten und -schulen führt dazu, dass viele Frauen nur teilzeitbeschäftigt sind.

Immer noch knapp ein Viertel aller Paarhaushalte mit Kindern praktiziert auch heute das Ernährermodell, über 70 Prozent das Zuverdienermodell (meist Vollzeit-Ernährer plus Teilzeit-Zuverdienerin).

Der hohe Anteil an Teilzeitarbeit ist ein Spezifikum weiblicher Erwerbsarbeit in Deutschland. Er ist zugleich Grund und Bestandteil einer zweiten Besonderheit, nämlich des weit überdurchschnittlichen Anteils an prekärer Beschäftigung. Bei allen Formen dieser ungeschützten und/oder nicht existenzsichernden Beschäftigungsformen mit Ausnahme der Leiharbeit sind Frauen besonders betroffen.

So sind unter den fast 5 Mio Menschen, für die der Minijob die einzige Form der Beschäftigung darstellt, zwei Drittel Frauen. Sie arbeiten im Durchschnitt 9,4 Stunden/Woche.

Besonders verbreitet ist diese Form der geringfügigen Beschäftigung in den drei privaten Dienstleistungsbranchen Einzelhandel, Gastgewerbe und Gebäudereinigung:

5,7 Mio Beschäftigungsverhältnisse, wovon 40 Prozent geringfügige Beschäftigung ist
MJ im Einzelhandel: 32 Prozent, im Gastgewerbe: 49 Prozent, in der Gebäudereinigung: 53 Prozent)
2008 hatte ein Minijob durchschnittlich 12,8 Wochenarbeitsstunden.

Mehr als jede 5. erwerbstätige Frau (20,8 Prozent) arbeitet hierzulande weniger als 20 Wochenstunden (2008).

Nicht nur Gewerkschaften und linke Parteien und Kräfte fordern immer wieder die Abschaffung der Minijobs. Auch das wissenschaftliche Gutachten zum Gleichstellungsbericht der Bundesregierung empfahl 2011 deren Abschaffung. Allerdings zeigte sich die Bundesregierung auch in diesem Punkt beratungsresistent und beschloss dieser Tage, sie mit 450 Euro ab 1.1. 2013 zu bezahlen.

Prekär ist die Beschäftigung für viele Frauen auch aufgrund der Entlohnung.

Da ist zunächst der skandalöse Gender-Pay-Gap. Danach liegt – so veröffentlichte das Statistische Bundesamt im Oktober – der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen 22 Prozent unter dem der Männer.

Weder gute Bildung noch Berufserfahrung schützen die Frauen vor den Unterschieden. Im Gegenteil: mit einem hohen Bildungsabschluss müssen Frauen mit 27 Prozent geringerem Einkommen rechnen, im Alter zwischen 55 und 64 Jahren ist die Differenz mit 28 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich groß.

Die meisten Frauen können über Teilzeitarbeit ihre Existenz nicht eigenständig absichern, wegen der geringen Stundenzahl, aber auch aufgrund massiver Lohndiskriminierung:

Obwohl Lohnabschläge aufgrund kürzerer Arbeitszeiten verboten sind, liegen die Stundenlöhne für Teilzeit um 4,70 € unter denen von Vollzeitarbeit.

Geringfügige Beschäftigung (Minijobs und Teilzeit unterhalb von 20 Wochenstunden) wird – das hat eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung belegt – offensichtlich als eine gängige Form des Lohndumpings genutzt.

Knapp zwei Drittel der Niedriglohnbezieher sind Frauen.

Das bedeutet: Aktuell bezieht fast jede dritte (30,8 Prozent) erwerbstätige Frau in Deutschland einen Niedriglohn, also einen Lohn unterhalb der Schwelle von aktuell 9,15 Euro. (Männer: 16,7 Prozent) (IG Metall)

Dabei gibt es Niedriglöhne keinesfalls nur im Bereich der geringfügigen Beschäftigung: 45 Prozent entfallen auf Vollzeit, ca. 25 Prozent auf sozialversicherungspflichtige Teilzeit und ca. 30 Prozent auf Minijobs.

Angesichts dieser Fakten hätte mit Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns selbst von nur 8,50 Euro mehr als jede vierte Frau Anspruch auf Lohnerhöhung (15 Prozent der Männer).

Hinzu kommt, dass Teilzeitarbeit bzw. auch nur kurze Erwerbsunterbrechungen sich über den ganzen Lebensverlauf negativ auf Verdienst- und Karrieremöglichkeiten auswirken.

Solche Erwerbsunterbrechungen werden für 18 Prozent der aktuellen Lohnschere verantwortlich gemacht. In den letzten Jahren hat sich die Dauer der sogenannten Familienphasen verkürzt, viele Frauen wollen maximal 1 Jahr aussetzen.

Aber schon eine einjährige Unterbrechung führt dazu, dass Frauen später maximal noch 95 Prozent des Lohnniveaus erreichen.

Dem stehen nun 1.800 Euro gegenüber, die eine Frau aufgrund des neu beschlossenen skandalösen Betreuungsgeldes maximal pro Jahr bekommen kann und das auch nur für 2 Jahre.

Zynisch erscheint angesichts dieser Zahlen die Debatte um die sog. Zusatzrenten. Altersarmut ist weiblich: bereits heute beziehen Frauen um 59,6 Prozent geringere eigene Alterssicherungseinkommen als Männer, nach Angaben der Bundesregierung.

Die Niedriglöhne von heute sind Zeitbomben für die Alterssicherung der Betroffenen.

Fast 41 Prozent der west- und 21 Prozent der ostdeutschen Frauen, die heute zwischen 45 und 50 Jahre alt sind, haben eine Rente unterhalb der Grundsicherung (zurzeit ca. 680 Euro) zu erwarten. (IG Metall)

Aber keine Sorge: die Frauen können sich ja um die pflegebedürftigen Mütter kümmern, wenn diese sich keine professionelle Hilfe leisten können. Immer mehr Frauen geraten so in eine „Sandwich-Position“: sie haben noch kleine Kinder und müssen schon Angehörige pflegen. Und diejenigen, die ihre Kinder früh bekommen haben, dürfen – geht es nach Familienministerin Schröder – demnächst Großelternzeit beantragen, natürlich ohne Lohnersatz oder Beihilfe!

Bessere Zeiten für Frauen – unter diesem Motto standen mehrere Veranstaltungen sowie unser UZ-Extra zum Internationalen Frauentag 2012.

Bessere Zeiten heißt für viele Frauen: längere Erwerbsarbeitszeiten, kürzere Zeiten der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit und mehr Zeit für sich selbst.

2010 gaben fast ein Fünftel der Teilzeit beschäftigten Frauen an, dass sie eigentlich Vollzeit arbeiten wollten (in Ostdeutschland sogar über 80 Prozent!). Die Hälfte der Teilzeit arbeitenden Frauen möchte länger arbeiten, bei den geringfügig Beschäftigten sogar drei Viertel.

Wenn wir von einer massiven Unterbeschäftigung von Frauen sprechen, geht es also nicht „nur“ um die erwerbslosen Frauen und die Frauen der Stillen Reserve, sondern auch um unfreiwillige Teilzeit bzw. unfreiwillig kurze Teilzeit.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit ist danach zu dem Ergebnis gekommen, dass die gewünschte Arbeitszeit aller regulär teilzeitbeschäftigten Frauen bei 27 Stunden, die der Mini-Jobberinnen mit 21 Wochenstunden im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung liegt.

Auch Männer mit überlangen Arbeitszeiten wünschen sich eine Arbeitszeitverkürzung, vor allem Väter. Daher ist es so wichtig, dass wir nicht einfach eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung fordern, sondern ein neu definiertes Normal-Arbeitsverhältnis mit einer kürzeren Normal-Arbeitszeit, die dann nach unseren Vorstellungen auch im Lebensverlauf flexibel gehandhabt werden kann.

Wir müssen weg von der deutschen Langzeitarbeitskultur, die Margareta Steinrücke von der Bremer Arbeitnehmerkammer auf der Tagung „Arbeitszeit aus gleichstellungspolitischer Sicht“ Ende September folgendermaßen charakterisierte:

„Wer in Deutschland Karriere machen will, muss sich i.d.R. auf die deutsche Langzeitarbeitskultur mit Allzeitverfügbarkeit, Meetings am Spätnachmittag, (unbezahlte) Überstunden und häufig noch karrierefördernder Geselligkeit in den Abendstunden einlassen.“

Das ist eine Perspektive, die auch viele Männer für eine Arbeitszeitverkürzung mobilisieren könnte.

Exkurs zur ehemaligen DDR:

Gegebenenfalls noch vorhandene Besonderheiten auf dem Territorium der ehemaligen DDR gehen meist unter. Diese bestehen aber gerade zum Thema Frauenerwerbstätigkeit auch noch nach mehr als 30 Jahren.

Veränderungen in Familienmodellen zwischen Ost und West interpretieren WissenschaftlerInnen z.B. wie folgt:

„Die Unterschiede haben mit der Historie und dem Wertesystem im Osten zu tun.“ Ostdeutsche Frauen seien im Durchschnitt deutlich höher qualifiziert als westdeutsche und arbeiteten häufiger ganztags. Diese finanzielle Unabhängigkeit hat Folgen für die Familienstrukturen „Im Osten sind Ehen als Versorgungsinstrument deutlich weniger wichtig als im Westen.“ Und so „...kriegen Frauen im Osten auch dann eher Kinder, wenn der ideale Partner nicht da ist.“ (Bonner Generalanzeiger 31.08.2012)

Doch auch im Osten Deutschlands nimmt die Teilzeitbeschäftigung unter den Frauen zu. Während im Bundesdurchschnitt allerdings ca. 20 Prozent der Betroffenen angeben, lieber Vollzeit arbeiten zu wollen, sind es in den neuen Bundesländern 80 Prozent.

Herrschende Politik, liebe Genossinnen und Genossen, drückt sich durch Gesetze und deren Umsetzung aus. Häufig werden diese „schöngeredet“, nicht immer wird dabei die direkte und offene Konfrontation gesucht, sondern ebenso oft die Einbindung in diese Politik angestrebt. Um dies zu erreichen, wird teilweise sogar an die Forderungen von Gewerkschaften und Frauenbewegungen angeknüpft.

Ein Beispiel ist das Recht auf einen Kita-Platz. Es ist real noch immer nicht umgesetzt. Nur in geringen Ansätzen kann ein Kind parallel zu Arbeitszeiten betreut werden, dem Gesetz ist auch mit einer Halbtags-Betreuung genüge getan. Doch anstatt mehr Plätze für die Kinder aller Altersstufen bis hin zu Hortplätzen einzurichten, wurde jetzt nach langem Streit innerhalb der Regierungsparteien das Betreuungsgeld beschlossen. Nur Mütter und Väter erhalten das Geld, die ihre Kinder zu Hause betreuen. Laut nachgedacht wird auch über eine Ausweitung des Anspruches auf Großeltern.

Dahinter steckt die klare Aussage: wer sein Kind nicht „abgibt“, wird belohnt. Damit wird erstens der Anspruch auf den Kita-Platz ad absurdum geführt, zweitens die Rückkehr der Frau an Heim und Herd bezahlt und drittens kostet das alles weniger als gut ausgebildete ErzieherInnen und gut eingerichtete Kindertagesstätten.

Teil der herrschenden Politik sind die Kürzungen und Streichungen für die noch vor einigen Jahren erkämpften Einrichtungen und Projekte, die unter dem Stichwort „Frauenförderung“ angeschoben und umgesetzt wurden. Projekte, die in diesem kapitalistischen System immerhin dazu führten, dass viele Frauen sich ihrer Rolle in dieser Gesellschaft bewusst wurden, die zu Selbstbewusstsein führten und viele Frauen in die Lage versetzt haben, sich gegen teilweise berufliche und auch familiäre Missstände zu wehren. Ich nenne nur die speziellen Frauenförderungsprogramme zur beruflichen Bildung, Weiterbildung, aber auch der sogenannten „Wiedereingliederung“. Aber ich denke auch an die Frauenhäuser, die Zuflucht vor physischer und psychischer Gewalt bieten. An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass morgen, am 25.11., der Internationale Tag gegen Gewalt gegen Frauen ist und der mit Veranstaltungen und Aktionen begleitet wird, um gegen Gewalt an Frauen zu informieren und zu mobilisieren.

Diese Bereiche waren mit die ersten, die den Kürzungsprogrammen der Regierung zum Opfer fielen. Und das Streichen geht munter weiter.

Aber nicht nur mit Kürzungen in den Bereichen für Frauenprojekte wird eine Politik umgesetzt, die nicht den Anspruch erheben kann, gerade den Frauen Mut zu machen und Perspektiven für eine Zukunft zu geben, die sie ökonomisch unabhängig von einem Partner macht.

Der Bundestag hat am 20. November, gegen die Stimmen der Opposition, den Haushalt 2013 beschlossen. Darin enthalten ist die Umsetzung des Fiskalpakts. Was er bedeutet, wurde oben schon erwähnt.

Zur Durchsetzung dieser Politik von Fiskalpakt, von Betreuungsgeld und Zusatzrente, sind keine Nachfragen, keine Kritik und schon gar keine Aktionen gewünscht, sondern Stillhalten. Und dieses soll erzwungen werden durch Gesetze, Maßnahmen und Regeln, durch Demokratieabbau.

Diese treffen viele unterschiedliche Gruppen, Initiativen, Institutionen und darüber dann auch die dort beteiligten und betroffenen Menschen. Und dies sind häufig zuerst die Frauen.

Und doch kann es nicht in ihrem Interesse sein, die eine benachteiligte Gruppe gegen die andere auszuspielen. Wenn man Leiharbeit, Minijobs, Arbeitslosigkeit und Altersarmut überwinden will, muss man die gemeinsamen Interessen der jeweils Betroffenen in den Vordergrund stellen und entsprechende Forderungen stellen, hinter denen sich möglichst alle, die davon betroffen sind, versammeln können.

Dabei können wir natürlich nicht übersehen, dass die Schlüsselpositionen in dieser Gesellschaft mit Männern besetzt sind.

Aus dieser Sicht macht auch eine Quotierung sowohl in allen Bereichen der betrieblichen Ebenen als auch der gesellschaftlichen Organisationen einen Sinn. Sie kann die Mechanismen der Ausschließung von Frauen einerseits vielen ins Bewusstsein rücken, andererseits dazu beitragen, diese zu überwinden.

Und dabei geht es nicht, wie wir in dem Punkt Arbeitswelt und Reproduktionsbereich sehen konnten, allein um die Quote in Spitzenpositionen. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben – in Beruf und Freizeit.

Und auch in politischen Entscheidungen. Das ist übrigens auch in unserer Partei von Bedeutung – es darf nicht so sein, dass die Quote nur als lästig oder sogar lächerlich und unpolitisch empfunden und im Zweifel eben umgangen wird. Das widerspricht eindeutig nicht nur unserem Selbstverständnis, sondern auch unserem Statut.

Natürlich löst eine Quote letzten Endes nicht die Probleme und schon gar nicht die gesellschaftlichen Ursachen von Diskriminierung. Diese liegen im kapitalistischen System. Was und wer keinen Mehrwert schafft und nicht zur Vermehrung des Profits beiträgt, hat in diesem System keine Chance, auf die oberste Stelle der Tagesordnung zu kommen. Das betrifft gerade viele Arbeiten, die überwiegend von Frauen geleistet werden. Die Kindererziehung, die Pflege von alten Menschen, aber auch Kunst und Kultur fallen durch das Raster. Und die vielen Arbeiten im Dienstleistungsbereich, in denen auch überwiegend Frauen arbeiten.

Denken wir nur daran, wie schnell für Banken und Konzerne hunderte Milliarden Euro ausgegeben wurden. Und wie ebenso schnell die im Verhältnis nur 70 Millionen Euro teure Transfergesellschaft für über zehntausend Schlecker-Beschäftigte, meist Frauen, abgelehnt wurde.

Im Kapitalismus geht es nicht um „Der Mensch geht vor Profit“, sondern nur um den Profit. Damit rücken die Interessen der Menschen immer mehr in den Hintergrund und werden untergeordnet. Es kommt dringend darauf an, die Menschen und ihre Bedürfnisse zunächst als Übergang mehr in den Mittelpunkt zu stellen, vor Profit. Im Mittelpunkt wird er erst im Sozialismus stehen.

Auf unserer 10. Tagung des Parteivorstands haben wir zu Fragen der Rechtsentwicklung in der Krise beraten und festgestellt, dass diese einher geht mit der Verschärfung der Lebens- und Arbeitssituationen der Menschen. Dabei werden prekäre Situationen genutzt, um mit rechten Parolen und rechter Politik an die Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit anzudocken. Wir haben festgestellt:

- rechtes Gedankengut ist ein fester Teil konservativer Stammtische und deutscher Leitkultur,
- Sarrazin ist ein populärer Lautsprecher, um die Politik zwischen CDU und NPD zu formulieren.

Und es wurde aufgezeigt, welche Veränderungen es in der Parteienlandschaft gibt, gerade auch am rechten Rand, und auch wie es sich entwickeln kann, wenn sich die Krise in Europa zuspitzt. Auf die Freien Wähler und ihre Rolle, die sie möglicherweise bei der Bundestagswahl 2013 spielen werden, wurde hingewiesen.

Wenn diese Kräfte stärker werden und politisch entscheiden oder Entscheidungen, mehr noch als heute schon, beeinflussen, wird es eine noch rasantere Talfahrt mit den sozialen und demokratischen

Rechten geben. Reaktionäre Entwicklungen werden weiter zunehmen. Da werden, wie auch in den letzten Jahren schon, die Rechte von Frauen noch weiter abgebaut werden.

Kräfte des Widerstandes

Verbunden mit der Überlegung, wie sich gegen diese Politik mehr Widerstand entwickeln kann, ist die Frage, ob sich neue Erkenntnisse im Bewusstsein eines wachsenden Teils der Frauen verankert haben und ob Veränderungen neuen Widerstand und eigenständige Widerstandsformen als Teil einer Gesamtbewegung möglich machen. Oder bleibt es bei einer stillen Wut, gepaart mit viel Unbehagen? Welche Überlegungen und Schlussfolgerungen sind aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt möglich?

Eine wachsende Zahl von Frauen stellt die frauenpolitischen Konzepte neoliberaler Politik infrage. Durch die Krise wurde im Bewusstsein von Frauen spürbarer, dass Frauen von ihr am härtesten getroffen werden. Verknüpft ist damit die Erkenntnis, dass die Krise immer die zuerst trifft, die ohnehin schon in einer prekären Lage sind. Dies fördert eigenständige Widerstandsaktionen von Frauen.

Im Internet ist ein Erfahrungsbericht von Frauen in der Frankfurter Blockupy-Bewegung vom 18.05.2012 veröffentlicht, der im Widerstand zugleich auch die Diskriminierung von Frauen zum Ausdruck bringt. Danach waren ca. 40 Frauen mehrere Stunden ohne Angabe von Gründen und ohne richterlichen Beschluss in einem Käfig eingesperrt. Unter ihnen auch eine Minderjährige. Die Polizisten machten Schnappschüsse mit einer Privatkamera. Erst nach Stunden wurden die Frauen ohne weitere Angaben von Gründen mit Platzverweis für den kompletten Innenstadtbereich mit einem Radius von mehreren Kilometern wieder freigelassen.

Die Kesselung kann sicher auch Männergruppen widerfahren, doch die Fotos fürs Privatalbum sind eindeutig eine besondere Form der Frauendiskriminierung – und psychischer Druck, der aufgebaut wird.

Auch Wirtschaftsminister Rösler hat den Stellenwert von Frauen von Seiten der Politik in unserer Gesellschaft bei der Schlecker-Insolvenz klar zum Ausdruck gebracht: „Jetzt gilt, es für die Beschäftigten – mehr als 10.000 vornehmlich Frauen, einzelne Mütter und ältere Frauen – schnellstmöglich eine Anschlussverwendung selber zu finden.“

Die sogenannte Gleichstellungspolitik der Herrschenden hat im Zusammenspiel mit einem globalisierten Markt die Situation für die Mehrheit der Frauen verschärft. Gesetze werden mit dem formalen Anspruch verabschiedet, damit einen Beitrag zur Gleichstellung der Frauen leisten zu wollen. Tatsächlich reißen sie noch bestehende Schutzmechanismen ein, weil sie reale Lebens- und Arbeitssituationen bewusst ausblenden. Ein Beispiel ist das Scheidungsrecht und die Unterhaltsrechtsreform von 2009. Sie dienen dazu, die Erwerbstätigkeit von Frauen zu forcieren. Frauen werden so schneller in prekäre Lebenssituationen gedrängt.

Diese Politikererfahrungen führen dazu, dass Frauen häufiger wirtschaftliche Interessen hinterfragen und die herrschende Gleichstellungspolitik kritischer begleiten, weil sie wahrnehmen, dass sie Probleme verdeckt und sogar neue schafft. Die tiefgreifenden Veränderungen im Reproduktionsbereich/Sorgearbeit, teilweise wird von einer Krise gesprochen, haben die Diskussion über die unbezahlte Frauendarbeit und ihren Anteil an der Wertschöpfung der Volkswirtschaften wieder belebt. Die Forderung in Teilen der Frauenbewegung „Frauen, denkt ökonomisch“ hat eine gewisse Aktualisierung erfahren.

Wir Kommunistinnen fügen in dieser Diskussion hinzu: „Frauen, denkt nicht nur ökonomisch, sondern auch antikapitalistisch und systemkritisch!“

In diesem Zusammenhang bekräftigen KommunistInnen das Verständnis, dass Politik nicht für Frauen entwickelt werden muss, sondern Frauen Politik machen.

Die Auswirkungen neoliberaler Politik auf die Arbeitsbedingungen von Frauen haben die Diskussion in den Gewerkschaften und im DGB zur Lage der Frauen belebt. Dies wurde zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages und auch 2012 wieder spürbar. Der Internationale Frauentag hat offenbar wieder eine wachsende Bedeutung als Transmissionsriemen für die Entwicklung von frauenpolitischen Forderungen und deren Durchsetzung erhalten. Er hat in diesem Jahr mit dazu beigetragen, dass in der Bevölkerung eine breite Ablehnungsfront gegen das Betreuungsgeld entstanden ist und damit auch wieder emanzipatorische Grundsatzfragen in der Gesellschaft diskutiert werden.

Wir wollen dafür wirken, dass dies so bleiben und weiter entwickelt werden kann. Gelingt es vielleicht, in diesem Land eine ähnliche breite Ablehnungsfront gegen 400.- /450.- Euro-Jobs und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu entwickeln?

Die Arbeitskammer des Saarlandes hat in diesem Jahr im Bericht an die Regierung des Saarlandes „Gleichstellung und Arbeitsbedingungen von Frauen im Saarland“ zum Schwerpunktthema gewählt. Die Arbeitskammer Bremen hatte im vergangenen Jahr das Schwerpunktthema Frauenarmut und in diesem Jahr das Schwerpunktthema Migranten und Migrantinnen. Dies sind Signale, diese Fragen wieder stärker in den Fokus zu rücken. Sie sind zum anderen auch Ausdruck von Diskussionen, Aktivitäten und vielleicht auch wachsendem Druck gewerkschaftlich organisierter Frauen, sich mehr diesen Themen zuzuwenden.

Anzumerken ist unbedingt die Rolle der Kommunistin und Frauenrechtlerin Clara Zetkin zum 100. Frauentag und ihre ungeteilte Würdigung bei Parteien, Gewerkschaften und Frauenorganisationen. Das positive Wirken und die Bedeutung der Kommunistinnen für und in der Frauenbewegung wurden transparent. Daran können wir heute, wenn auch in einem bescheidenen Maße, weiter anknüpfen.

„Bessere Zeiten für Frauen – 10 Argumente für eine deutlich reduzierte Regelarbeitszeit“ ist ein Schwerpunktthema des Frauenarbeitskreises. Erschienen ist dazu die UZ-Extra zum Internationalen Frauentag 2012. Es sind mehrere Artikel mit guten Argumenten erschienen. Zur Thematik Arbeitszeitverkürzung können wir in vielen Diskussionszusammenhängen diskutieren und unsere Argumente und Vorschläge einbringen.

Als die Frauen in Ägypten oder Tunesien um ihre Freiheitsrechte und Selbstbestimmung kämpften und dies auch weiter tun, haben ihnen viele Frauen in unserem Land Respekt und Solidarität entgegen gebracht. Diese Haltung gehört oft nicht zum Alltag im Umgang mit Migrantinnen oder Asylantinnen im eigenen Land. Wir wissen, dass die Kombination von Geschlecht und Rasse die Diskriminierung von Frauen verdoppelt. Für Respekt und Solidarität gegenüber allen Frauen treten Kommunistinnen ein. Überall dort, wo Frauen diskutieren, planen und kämpfen, laden wir Migrantinnen und asylsuchende Frauen ein.

Viele Frauen sind für die Solidarität mit den Ländern des Südens aktiv. Armut und ihre Folgen treffen vor allem Frauen. Mehr als eine Milliarde Menschen müssen mit weniger als einem US-Dollar auskommen – 70 Prozent davon sind Frauen.

Zwei Drittel aller Menschen, die nicht lesen und schreiben können, sind Frauen.

Der größte Teil der arbeitsintensiven Produktion von Bekleidung für den Weltmarkt befindet sich heute in Entwicklungs- und Transformationsländern. Im Gegenzug hat sich der Dienstleistungsbereich bei uns als die größte Branche etabliert.

85 Prozent der Textilbeschäftigten in diesen Ländern sind Frauen, die zu absoluten Hungerlöhnen schuften. Die Profiteure dieser Ausbeutung sind die großen Bekleidungsunternehmen wie H&M, C&A, adidas und Puma.

Treten wir dafür ein, dass die Frauenbewegung international ist. Deshalb: Weg mit den Hungerlöhnen in der globalen Bekleidungsindustrie! Kaufen wir kritischer und bewusster ein! Der Mensch geht vor Profit! Nutzen wir die Impulse der Frauenbewegungen in Cuba, Venezuela oder Bolivien!

Die Krise ist durch die Politik der EU zu einer Bedrohung für die Lebensbedingungen von Frauen in Europa geworden. In Portugal und Spanien haben zuerst die Frauen ihren Job verloren.

In der Zeitung „Die Welt“ erschien am 29.09.2012 unter der Überschrift „Wir müssen uns wehren“ folgender Artikel, in dem zu lesen war: Für Remedios Cruz Méndez sind 3,50 Euro viel Geld. So viel hätte die 57-Jährige am Dienstag dieser Woche gebraucht, um mit dem Bus und anschließend per Metro in die Madrider Innenstadt zu fahren und an der Demonstration gegen die Sparpolitik von Ministerpräsident Mariano Rajoy teilzunehmen. Doch sie und Tochter Laura, 27, zogen es vor, daheimzubleiben, denn für Hin- und Rückfahrt wären insgesamt 14 Euro fällig gewesen. „Wir sind bisher bei allen Protestkundgebungen gegen diese Regierung mitgelaufen, wir müssen uns schließlich wehren gegen das, was man uns antut“, sagt Remedios. „Das Problem ist, dass keine von uns beiden auch nur einen Cent verdient und wir uns nicht einmal mehr öffentliche Transportmittel leisten können.“

Die Wut, aber auch der Widerstand von Frauen, insbesondere auch jungen Frauen in Europa gegen die Herrschenden wächst.

Die Mitarbeit der DKP in der Europäischen Linken ist – auch aus diesem Grund – gut. Dies ermöglicht es uns, im europäischen Frauennetzwerk „EL-fem“ der Europäischen Linken mitzuarbeiten, Meinungen auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten mit kommunistischen und sozialistischen Frauen zu entwickeln. Dieses Netzwerk schafft Möglichkeiten, dass Frauen ihren Widerstand in Europa weiter vernetzen. Nutzen wir Kommunistinnen diese neuen Möglichkeiten in der Frauenbewegung doch mehr!

Wenn es um die Krise geht, wird auch von einer „Frauenkrise“ gesprochen. Die Umverteilung von unten nach oben und weiter zu den Banken hat die härtesten Auswirkungen auf Frauen, weil vor allem auch soziale Strukturen zerschlagen werden, Armut und Not zusätzlich Frauen isolieren. Krisenzeiten erzeugen einerseits eine Zunahme von Gewalt gegen Frauen und andererseits einen Abbau von Hilfsangeboten wie Frauennotruf und Frauenhäuser oder Frauenbeauftragte in den Kommunen. Schuldenbremse und Fiskalpakt lassen befürchten, dass soziale Einrichtungen und soziale Netzwerke brutal weggespart werden.

Die Frauenbewegung ist hier sehr sensibel, denn sie hat für die Durchsetzung dieser Einrichtungen und Angebote gekämpft.

Wir Kommunistinnen waren und sind in diesen Bewegungen dabei und wir werden sie auch mit verteidigen. Wir verweisen an dieser Stelle u.a. auf die Erklärung des Frauenarbeitskreises der DKP „Gewalt gegen Frauen und Krieg gegen Frauen“ beenden.

Und wie sind wir sonst aufgestellt für den Kampf gegen die Ungerechtigkeit und Unterdrückung, für mehr Rechte für Frauen, gerade ihre, nicht nur auch ihre Berücksichtigung in unserem Eintreten für eine bessere, eine neue Gesellschaft? Was haben wir hier bisher aufzuweisen?

Ohne Frage ist es so, dass tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern im Kapitalismus nicht möglich ist, erst im Sozialismus verwirklicht werden kann. Und selbst dort muss sie täglich wieder erkämpft werden. Es gibt also kein Argument dafür, sich im Bereich der Frauenpolitik abwartend zurückzulehnen.

Wir haben – begrenzt – Frauenstrukturen, in einzelnen Kreisen und auf Bundesebene. Hier arbeiten wir in unserem Sinne, mit der besonderen Herangehensweise von Kommunistinnen, an den Themen, die ich in diesem Referat schon ausgeführt habe.

Wir haben – geschichtlich betrachtet – herausragende Frauen in unseren Reihen und sicherlich auch hervorragende Analysen und sich daraus ergebende Schlussfolgerungen zur Rolle und Stellung der Frau in unserer Gesellschaft.

Wir sind vereinzelt aktiv in Frauenbündnissen, -netzwerken und gewerkschaftlichen Zusammenhängen und bringen uns da auch nach unseren Möglichkeiten mit unseren Vorstellungen und Forderungen ein.

Nutzen wir die bestehenden Frauennetzwerke noch mehr und beginnen wir neue zu knüpfen, um weiter in der Diskussion und Aktion mit aktiven Frauen vor Ort zu bleiben. Zu diesen Netzwerken gehören: DGB-Frauen, Lisa, PDL, Migrantinnen, DFI/Wir Frauen, linke und unabhängige Frauengruppen, christliche Gruppen, ASF, Jugendvertreterinnen und Betriebsräte, Schülersprecherinnen, Elternsprecherinnen usw..

100 Jahre und wir sind kein bisschen leise...!

„Wenn eine Frau zur Realität durchdringt, lernt sie ihren Zorn kennen, und das heißt, sie ist bereit zu handeln.“ Dieses Zitat von Mary Daly bringt zum Ausdruck, wie über 100 Jahre Internationaler Frauentag zusammen kommen. Karl Marx und Friedrich Engels haben den Grad der weiblichen Emanzipation als das natürliche Maß für die allgemeine Emanzipation des Menschen erklärt. Und gemessen daran klafft trotz aller Fensterreden und Gleichheitsgerede der Politik eine große Kluft. Frauen haben in den vergangenen 100 Jahren vieles durch ihre eigene Kraft verändert – geschenkt wurde uns nie etwas. Jetzt geht es darum, Er kämpftes zu verteidigen und gleichzeitig für eine gute Zukunft mit vielen zu streiten!

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Zur Vorbereitung 20. Parteitag

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

bevor wir heute in die Debatte über Anträge des Parteivorstandes zu unserem 20. Parteitag treten, hat das Sekretariat mich auf seiner Sitzung am Freitag beauftragt, den Parteivorstand über einige aktuelle Fragen zu informieren, die ihr teilweise bereits als Kurzmitteilung vor diesem Wochenende erhalten habt.

Nach unserer 10. Parteivorstandstagung habe ich am 21. September 2012 eine Mail mit einer „Persönlichen Erklärung“ von dem Genossen Leo Mayer erhalten.

Ich habe diese den Mitgliedern des Parteivorstandes zur Information weitergeleitet, da diese Erklärung die Vorbereitung des Parteitages betrifft.

Der Genosse Leo Mayer bezieht sich in dem Schreiben auf das Referat zur Organisationspolitik vom Genossen Patrik Köbele und besonders auf die Aussage, dass „klar ausgeprägte Strömungen“ auf diesem Parteitag „um die Hegemonie ringen“ werden, was „sich in den inhaltlichen Debatten, aber auch in den Wahlen niederschlagen (wird). Auch dann, wenn es uns gleichzeitig gelingt, die Dinge festzuhalten, bei denen wir uns einig sind.“ (Referat Patrik)

Leo fürchtet, dass die DKP so einen „Strömungskampf“ nicht aushalten wird, die Partei so nicht politisch handlungsfähiger gemacht werden kann.

Bezugnehmend auf verschiedene Vorgänge im Parteivorstand und im Sekretariat sieht er aber, wie Genosse Patrik Köbele, dass „unsere politischen Meinungsunterschiede uns auch in einem gewissen Umfang (sicherlich gegenseitig) blockieren“. (Referat Patrik)

Leo zieht daraus die Schlussfolgerung, „dass die ausgewiesenen WortführerInnen von Meinungspositionen/Strömungen nicht in der engsten Parteiführung, d.h. nicht im Sekretariat, dem Arbeitsgremium des Parteivorstandes, vertreten sein sollten.

Welche Schlussfolgerungen Patrik und Wera ziehen, bleibt natürlich diesen GenossInnen überlassen.“(Zitat Erklärung Leo)

Er erklärt, dass er deshalb, und weil er seine politischen Positionen nicht aufgeben will, auf dem nächsten Parteitag nicht mehr als stellvertretender Parteivorsitzender kandidieren wird, jedoch für den Personalvorschlag zum nächsten Parteivorstand zur Verfügung steht.

Diese Erklärung von Leo zeigt eine tiefe Sorge um den Zusammenhalt der DKP. Die Konsequenz, die Leo daraus zieht, hat mich tief getroffen, ich bedaure diesen Schritt, kann ihn aber auch nachvollziehen. Wie auch immer:

Diese Erklärung und auch die Schlussfolgerung, die Leo zieht, gilt es zu respektieren.

Auf der – nach dem Erhalt der Erklärung – durchgeführten Sitzung des Sekretariats der DKP hat der Genosse Patrik Köbele festgestellt – ohne darauf angesprochen worden zu sein – , dass er die in dem Schreiben enthaltene Fragestellung an ihn wohl bemerkt hat. Er teilte den anwesenden SitzungsteilnehmerInnen mit, dass er nicht bereit ist, eine ebensolche Konsequenz wie Leo zu ziehen und er weiterhin darüber nachdenkt, zu welcher Funktion im Parteivorstand und Sekretariat er auf dem 20. Parteitag kandidieren wird. Dabei hält er sich offen, auch als Parteivorsitzender zu kandidieren.

Genossinnen und Genossen,

auch wenn die letzte Personaldebatte im Parteivorstand vor dem Parteitag erst auf unserer nächsten Tagung des Parteivorstandes erfolgen wird, habe ich die Erklärung von Leo nicht nur sehr ernst genommen, sondern auch Gespräche mit GenossInnen geführt, um einen Vorschlag für einen Stellvertretenden Parteivorsitzenden zu unterbreiten.

Ich bin für eine offene Debatte über Personalvorschläge und bin auch der Meinung, die GenossInnen des vorschlagenden Gremiums, also der Parteivorstand, aber auch die Mitglieder der Partei, sollten

rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, sich über Personalvorschläge, besonders für Funktionen in unserer Partei, eine Meinung zu bilden. Evtl. kann dann auch darüber schon auf den jetzt stattfindenden Konferenzen beraten werden. Deshalb schlage ich heute vor, den Genossen Detlef Fricke aus Niedersachsen für die Funktion des stellvertretenden Parteivorsitzenden in den Personalvorschlag des Parteivorstandes aufnehmen.

Hier einige Eckdaten der politischen Biografie:

- Mitglied der DKP seit 1973

- Bezirksvorsitzender Niedersachsen

- seit vielen Jahren im Parteivorstand

Beruf: Rechtsanwalt – Schwerpunkt Arbeitsrecht – Beratung Betriebsräte

Wir haben später über die Kriterien zur Personaldebatte zu entscheiden. Im Sekretariat haben wir diesen Vorschlag beraten. Außerdem wurden Genossen vom Sekretariat beauftragt, einen Personalvorschlag zu entwickeln, der zunächst dem Sekretariat vorgelegt wird, danach der über diese Frage zu beschließenden Parteivorstandstagung – unser Terminvorschlag für die PV-Tagung ist das Wochenende 16. und 17. Februar 2013. Die Arbeit dieser Genossen kann dadurch unterstützt werden, wenn wir hier und heute, jede/r für sich selbst, schon Stellung zu einer möglichen Wiederkandidatur, evtl. ja auch mit Vorstellungen zu künftigen Verantwortungsbereichen, nimmt. Das wird die Frage insgesamt sicher noch nicht lösen, aber möglicherweise erleichtern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es haben erste Bezirks- und Landeskonferenzen zur Vorbereitung des Parteitages stattgefunden. Heinz hat gestern beantragt, dass der Parteivorstand sich darüber kurz austauscht bzw. informiert wird. Das sollten wir also nachher tun.

Zuvor möchte ich zu Problemen von drei Konferenzen etwas sagen, damit andere Bezirke nicht möglicherweise vor ähnliche und evtl. vermeidbare Fragen gestellt werden.

Das Sekretariat hat auf seiner Sitzung am Freitag über den Umgang mit der nach unserer Meinung nicht stattgefundenen Sitzung in Sachsen-Anhalt beraten. Ihr habe die Information vor der Tagung erhalten, dazu liegt auch ein Beschlussantrag vor. Kurz zum Sachverhalt: Laut Statut lädt der Parteivorstand zu Konferenzen für die Mitglieder in Bundesländern ein, in denen es keine Bezirks- oder Landesvorstände gibt. Diese Einladung für Sachsen-Anhalt erfolgte in Absprache mit dem Koordinierungsrat für den 17. November 2012 nach Halle. Es ist eine UZ-Anzeige dazu erschienen. Vom Koordinierungsrat wurde gewünscht, den Genossen Michael Größ als Referent einzuladen; er sollte zu dem Leitantrag des Parteivorstandes zum 20. Parteitag referieren. Dieser Wunsch wurde vom Sekretariat abgelehnt mit folgender Begründung: Michael Größ hat im Parteivorstand gegen den Antrag gestimmt, darüber hinaus gehört er dem Landesvorstand Berlin an, der sich in einer öffentlichen Erklärung gegen diesen Antrag ausspricht und auch erklärt hat, keine Diskussion dazu in den Gruppen der Landesorganisation oder des Landes zu organisieren. Das Sekretariat hat als Referenten für den Parteivorstand den Genossen Detlef Fricke delegiert, da es auch darum geht, den Antrag des Parteivorstandes zu begründen und zu diskutieren. Detlef war am 17. November 2012 in Halle an dem vereinbarten Ort, es sind keine GenossInnen des Landes erschienen. Wir haben zu Beginn der Folgeweche erst auf Nachfrage beim Koordinierungsrat erfahren, dass es eine Versammlung an diesem Tag von einigen GenossInnen aus Sachsen-Anhalt gegeben hat, an der auch Michael Größ als Gast des Parteivorstandes teilgenommen hat. Welchen Inhalt diese Sitzung hatte, wurde nicht berichtet.

Das Sekretariat beantragt, dass der Parteivorstand erklärt: am 17. November 2012 hat trotz fristgemäßer Einladung keine dem Statut der DKP folgende Mitgliederversammlung zur Vorbereitung des Parteitags in Sachsen-Anhalt stattgefunden.

Ich gehe davon aus, dass uns der Genosse Michael Größ über die Versammlung informiert, an der er am 17.11. teilgenommen hat.

In Hannover wurde eine Kreismitgliederversammlung durchgeführt, auf u.a. Delegierte zu der Bezirksdelegiertenkonferenz gewählt wurden. Aus Hannover sehen Mitglieder ihre Rechte verletzt und haben die Schiedskommission ihres Bezirkes angerufen. Grund ist der Umgang der Wahlkommission in Hannover mit der im Statut festgelegten Quotierung, die aus Sicht der Mitglieder nicht eingehalten wurde; obwohl es genügend weibliche Kandidatinnen gegeben hat, wurde kein quotiertes Ergebnis von der Wahlkommission in Hannover bekannt gegeben.

Auch in Baden-Württemberg wurde zur Frage der Wahl der Delegierten zum Parteitag die Schiedskommission angerufen, da GenossInnen des Bezirkes Zweifel haben, ob die Wahl nach den

Regeln von Statut und Parteiengesetz durchgeführt wurde, da die Versammlung kurzfristig aufgelöst und nach 15 Minuten an einem anderen Ort wieder einberufen wurde, um mit einer dann neu beschlossenen Wahlordnung die Wahl der Delegierten zum Parteitag fortzusetzen. Grund war hier: aufgrund der beschlossenen Wahlordnung erreichte nur eine von insgesamt vier möglichen zu wählenden Delegierten die beschlossene Stimmenmehrheit.

Ohne in die Entscheidungen der Schiedskommissionen einzugreifen, möchte ich den Hinweis machen, bei unseren Konferenzen sehr sorgfältig darauf zu achten, dass zu diesen nach dem Statut und Parteiengesetz entsprechend eingeladen und sie durchgeführt werden. Wir riskieren sonst, dass unser 20. Parteitag angreifbar wird, bis dahin, dass er ungültig erklärt wird. Dies sollten wir sowohl politisch als auch organisatorisch und finanziell unbedingt vermeiden!

Eine Berichterstattung über einzelne Konferenzen (oder die Zusammenfassung der Berichte) sollte in der Debatte erfolgen.

Dazu möchte ich daran erinnern, dass wir dabei auch die Gelegenheit nutzen sollten, uns über die Diskussionen zu unserem Leitantrag zu informieren. Zum Einen über die Debatte und geplante oder bereits beschlossene Änderungsanträge - natürlich nicht im Wortlaut, aber die politischen Intentionen sollten benannt werden, sowie zum Anderen evtl. auch darüber, weshalb der Antrag nicht beraten wird oder welche Anträge es aus Bezirken und Kreisen zusätzlich gibt, geplant sind zu diskutieren und zu verabschieden.

Das gehört, meine ich, zur inhaltlichen Zwischeneinschätzung über die Arbeit mit dem Antrag zur Parteivorstands-Arbeit dazu.

Genossinnen und Genossen,

ihr habt per email den Brief eines Genossen an mich und meine Antwort erhalten. Da möglicherweise auch weitere Mitglieder unserer Partei diese Fragen haben, bin ich sehr einverstanden, wenn ihr diesen Schriftverkehr anderen GenossInnen zugänglich macht sowie ihn weiter in die Partei gebt. Dies muss im Interesse einer Transparenz gegenüber unseren Mitgliedern getan werden, auch um weiteren Gerüchten oder Falschinformationen über die bei der DKP angestellten GenossInnen vorzubeugen. In diesem Zusammenhang stelle ich auch fest, dass die persönliche Erklärung von Leo mit in der DKP-Information dieser PV-Tagung veröffentlicht wird.

Ich wünsche uns nun eine spannende Diskussion um die Anträge des Parteivorstandes und zur organisatorischen weiteren Vorbereitung unseres 20. Parteitags am 2. und 3. März 2013 in Mörfelden.

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Persönliche Erklärung Leo Mayer

Von: Stamer.Juergensen@t-online.de
Gesendet: Mittwoch, 26. September 2012 15:36
An: DKP Parteivorstand
Betreff: Fw: persönliche Erklärung

Von: DKP München <dkp.munich.lm@t-online.de>
An: Bettina Juergensen <stamer.juergensen@t-online.de>
Betreff: persönliche Erklärung
Datum: Fri, 21 Sep 2012 11:26:16 +0200

Donnerstag, 20. September 2012

Liebe Bettina,

die Parteivorstandssitzung am vergangenen Wochenende hat mich doch ziemlich besorgt gemacht. Vor allem das Referat von Patrik und die Diskussionsbeiträge von Rainer Perschewski deuten darauf hin, dass unsere Absicht, auf dem Parteitag vor allem das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, um die Politik- und Handlungsfähigkeit der Partei zu stärken, nicht von Allen getragen wird.

Patrik hat angekündigt, dass die nach seiner Meinung "klar ausgeprägten Strömungen" auf diesem Parteitag "um die Hegemonie ringen" werden, was "sich in den inhaltlichen Debatten, aber auch in den Wahlen niederschlagen (wird). Auch dann, wenn es uns gleichzeitig gelingt, die Dinge festzuhalten, bei denen wir uns einig sind." (Referat Patrik)

Ich fürchte, dass die Partei so einen Strömungskampf nicht aushalten wird. Ganz abgesehen davon, dass wir unsere Aufgabe verfehlen würden, die Partei angesichts bevorstehender politischer und gesellschaftlicher Brüche und Umbrüche politisch handlungsfähiger zu machen.

Dazu kommt - da stimme ich Patrik zu -, "dass unsere politischen Meinungsunterschiede uns auch in einem gewissen Umfang (sicherlich gegenseitig) blockieren". (Referat Patrik)

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: In einem Klima des Misstrauens und der Unaufrichtigkeit (z.B. erinnere ich nur an die Sekretariatssitzung am 25. Mai, bei der wir u.a. die Schreiben an die KKE und an SYRIZA behandelt haben. Wera hatte dabei mit keinem Wort die bereits vorbereitete Erklärung der DKP-Sekretariate von Berlin und Brandenburg erwähnt, in der uns beiden vorgeworfen wird, "doppelzüngig" zu sein und die dann noch in der gleichen Nacht über Internet verbreitet wurde.) ist die Arbeit des Sekretariats zum Schaden der Gesamtpartei in einem nicht hinzunehmenden Umfang blockiert worden.

Meine Schlussfolgerung aus dieser Arbeit des Sekretariats und den Befürchtungen hinsichtlich des Parteitages ist, dass die ausgewiesenen WortführerInnen von Meinungspositionen /Strömungen nicht in der engsten Parteiführung, d.h. nicht im Sekretariat, dem Arbeitsgremium des Parteivorstandes, vertreten sein sollten.

Welche Schlussfolgerungen Patrik und Wera ziehen, bleibt natürlich diesen GenossInnen überlassen. Für mich ziehe ich die Schlussfolgerung - da ich meine politischen Positionen nicht aufgeben will -, nicht mehr als stellvertretender Parteivorsitzender zu kandidieren.

Ich bitte Dich, eine geeignete Genossin/Genossen zu suchen, die/der besser in der Lage ist, die unterschiedlichen Ansichten zu einer produktiven Zusammenarbeit zusammenzuführen.

Da ich aber auch der Meinung bin, dass im Parteivorstand die verschiedenen Meinungspositionen zum Ausdruck kommen sollen, stehe ich für den Personalvorschlag für den auf dem 20. Parteitag zu wählenden Parteivorstand zur Verfügung.

Rote Grüße
Leo Mayer

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Beschlüsse

Erklärung des Parteivorstandes der DKP

Die Bundesregierung beabsichtigt – mit zu erwartender Unterstützung der Mehrheit im Bundestag und gegen den Willen der Mehrheit der Menschen im Land – Patriot-Raketen und Soldaten der Bundeswehr in die Türkei zu entsenden. Angeblich um Bedrohungen aus Syrien zu begegnen und den NATO-Partner Türkei „zu schützen“.

Doch Syrien bedroht die Türkei nicht. Im Land tobt ein blutiger Bürgerkrieg. Der wird – auch seitens der türkischen Regierung - durch Unterstützung der „Freien syrischen Armee“ angeheizt, statt Deeskalation und Verhandlungen zu fordern. Alle Vorfälle im türkischen Grenzgebiet – beispielsweise vereinzelte Granateinschläge - sind Folge innersyrischer Kämpfe.

Also wozu braucht die Türkei tatsächlich die Patriot-Raketen der Bundeswehr an der Grenze zu Syrien und verlangt sogar das alleinige Kommando über die erwarteten NATO-Waffen?

Patriot-Raketen können anfliegende Raketen oder Flugzeuge abschießen. Doch es gibt keine Raketen oder Flugzeuge, die aus Syrien die Türkei bedrohen. Patriot-Raketen sind auch keine reinen Defensivwaffen.

Schon seit Monaten zieht die Türkei an der Grenze zum Nachbarland Truppen zusammen, rüstet auf - ohne dass die NATO-Partner des Landes ein Veto einlegen. Im Gegenteil: Erklärt wird die volle Unterstützung.

Wird hier eine neue Aggression, ein neuer Krieg der NATO vorbereitet, für die das hochgerüstete NATO-Mitglied Türkei weitgehend stellvertretend handeln soll um die Interessen der Hauptländer des Kapitals in der Region zu sichern?

Die Herrschenden in der Türkei haben aber ganz offensichtlich auch eigene Interessen, die von den NATO-Partnern in diesem Zusammenhang unterstützt werden. Es geht unter anderem um die Unterdrückung aller kurdischen Autonomiebestrebungen und um Vorherrschaft in der Region.

Am 4. Oktober verabschiedete jedenfalls das türkische Parlament bereits einen „Kriegsvorratsbeschluss“. Damit wird die Regierung Erdogan zum einjährigen Einsatz der türkischen Streitkräfte im Ausland ermächtigt. Ihr wird volle Entscheidungsfreiheit gewährt. Einen Tag später erklärte Erdogan offen, dass Krieg vorbereitet werde.

Der Einsatztag der Bundeswehr in der Türkei rückt immer näher, wenn dem nicht durch breite Proteste der Friedensbewegung und durch ein deutliches „Nein“ im Bundestag Einhalt geboten wird. Ansonsten wird Deutschland immer tiefer in weitere Kriegsabenteuer verwickelt.

Die DKP unterstützt in diesem Zusammenhang die eindeutigen Forderungen der Friedensbewegung und der einzigen Antikriegspartei im Bundestag, der Partei „Die Linke“:

Wir fordern. Es darf keinen Bundeswehreinsatz an der türkisch-syrischen Grenze geben. Es darf keine weitere Eskalation geben! Die Kriegstreiberei muss beendet werden! Frieden in Syrien durch Verhandlungen unter Verantwortung der UNO!

Wir fordern die sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!

Die NATO muss aufgelöst werden!

Der Parteivorstand ruft alle Gliederungen der DKP zu Aktionen auf um diesen Bundeswehreinsatz zu verhindern.

Beschluss

Der Parteivorstand der DKP schließt sich der „Europäischen Plattform für den Frieden“ (*veröffentlicht in UZ vom 16.11.*), die von Mitgliedern der Kolumbianischen KP beschlossen wurde, an und unterstützt die Friedensverhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens in Havanna.

Gleichzeitig fordert die DKP die kolumbianische Regierung auf, auf den Vorschlag der FARC einzugehen und für die Dauer der Verhandlungen einem Waffenstillstand zuzustimmen.

EUROPÄISCHE PLATTFORM FÜR DEN FRIEDEN

Wir Frauen und Männer aus Kolumbien und anderen Ländern sowie Bewohner und Bürger Europas stellen in unserem Namen bzw. als Vertreter sozialer und politischer Organisationen, die über die Lage in Kolumbien und insbesondere den bewaffneten Konflikt besorgt sind, unter dem das Land seit Jahrzehnten leidet, Folgendes fest:

1. Unserer Auffassung nach ist der bewaffnete Konflikt in Kolumbien auf soziale, wirtschaftliche und politische Faktoren zurückzuführen, die seit langer Zeit auf die kolumbianische Gesellschaft einwirken. Nach mehreren Jahrzehnten hat der Konflikt das Land so sehr zermürbt, dass es sich heute inmitten einer der schwersten humanitären Krisen der Welt befindet.
2. Nachdem man über ein Jahrzehnt lang versucht hat, den Konflikt mit militärischen Mitteln zu lösen, und dies in großem Umfang zu Binnenvertreibungen und verstärkter Flucht ins Ausland, einer größeren Konzentration an Land und Reichtum, zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie dem so genannten "Falsos Positivos"-Skandal und allgemein zu Gewalttaten in allen gesellschaftlichen Bereichen geführt hat, bekräftigen wir, dass eine politische Lösung auf dem Verhandlungswege der einzige Ausweg aus der militärischen Konfrontation ist. Diese politische Lösung wird die Gesellschaft auf bestmögliche Weise auf ein Leben in Demokratie und Frieden vorbereiten.
3. Daher unterstützen wir den derzeitigen Verhandlungsprozess zwischen den FARC-EP und der kolumbianischen Regierung, was sich in unserer Verpflichtung widerspiegelt, ausgehend von unserer jeweiligen Situation alles in unserer Macht Stehende zu tun, um breite gesellschaftliche Schichten in Europa für eine politische Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien zu sensibilisieren, zu mobilisieren und zu organisieren. Gleichzeitig sprechen wir uns für die Einbeziehung des ELN in den aktuellen Friedensprozess und den raschen Abschluss humanitärer Vereinbarungen aus, um den Konflikt zu entschärfen und einen Waffenstillstand herbeizuführen.
4. Wir erkennen an, dass die umfassende und demokratische Beteiligung der Zivilgesellschaft an diesem Verhandlungsprozess grundsätzliche Voraussetzung für die Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens ist. Daher fordern wir die FARC sowie die Regierung und alle möglichen weiteren Verhandlungsteilnehmer auf, die zu diesem Zweck notwendigen Mechanismen und Instrumente zu garantieren.
5. Die internationale Gemeinschaft muss darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Begleitung des Prozesses spielen, damit dieser zu einem glücklichen Abschluss kommt, und dabei die Einhaltung der Vereinbarungen überprüfen sowie diesbezügliche Initiativen, die aus der Zivilgesellschaft kommen, voranbringen. Bei dieser Mobilisierung müssen insbesondere die im Ausland lebenden Kolumbianerinnen und Kolumbianer eine wichtige Rolle einnehmen.
6. Aus unserer Sicht müssen die Anerkennung der Exilierten als Opfer des Konflikts und die Würdigung der Wirtschaftsmigranten sowie Rückkehrgarantien bei der Erarbeitung von Friedensvorschlägen am Verhandlungstisch berücksichtigt werden. Darüber hinaus weisen wir auf das Problem der vielen tausend kolumbianischen Mädchen und Jungen hin, die aufgrund der unterschiedlichen Ausprägungen des Konfliktes in verschiedenen Ländern der Welt adoptiert wurden. Auch sie müssen als Opfer anerkannt werden.
7. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird die "Europäische Plattform für den Frieden" (Plataforma Europea por la Paz) gegründet, ein weit verzweigtes und demokratisches Netzwerk, in dem Menschen aller Altersklassen vertreten sind und das auch sozialen, politischen, solidarischen und sich für die internationale Zusammenarbeit einsetzenden Organisationen offen steht, die diese

Grundsätze teilen. Die Plattform wird als Zentrum der Koordinierung und für die Impulse aus den verschiedenen Initiativen fungieren, die sich unserem Aktionsplan anschließen.

8. Zwecks Unterstützung der Friedensdialoge und Vermeidung von Situationen, die die Fortführung dieser Dialoge gefährden könnten, fordern wir die europäischen Regierungen auf, die aufständischen Organisationen Kolumbiens von der Liste der Terrororganisationen zu streichen.

9. Darüber hinaus appellieren wir an die soziale Verantwortung der europäischen Medien im Hinblick darauf, durch Wortwahl und Darstellungsweise bei der Berichterstattung über die Lage in Kolumbien zur Schaffung einer Kultur des Friedens und der Versöhnung in diesem Land beizutragen.

10. Die "Europäische Plattform für den Frieden" führt die unterschiedlichen Prozesse zusammen, die in Kolumbien und der Welt nach einer politischen Lösung zur Beendigung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien suchen, insbesondere dem "gemeinsamen Weg zum Frieden" (Ruta Común por la Paz). Darüber hinaus verpflichtet sie sich, Themen vorzuschlagen, zu verbreiten und zu erörtern sowie Vorschläge zu einzelnen Punkten zu erarbeiten, die zu einer strukturellen Lösung des Konflikts führen.

Vor dem Hintergrund der großen Friedenssehnsucht, die wir mit allen Kolumbianerinnen und Kolumbianern teilen, und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der früheren Verhandlungsversuche fordern wir die Verhandlungsführer der Regierung und der Guerilla-Kämpfer auf, ein Beispiel für demokratisches Verhalten zu geben, angesichts der schwierigen Realitäten Kolumbiens ein umfassendes Engagement einzugehen und im Bewusstsein der Verantwortung für die Zukunft der kolumbianischen Gesellschaft mit gegenseitigem Respekt den Dialog zu führen, um so zu gewährleisten, dass die neuen Verhandlungsbemühungen zu einem guten Ergebnis führen, da das kolumbianische Volk den Frieden verdient.

Beschluss

Der Parteivorstand beschloss, dass er dazu aufruft Die Online-Petition „Verantwortungsloses Verhalten der Bundesregierung im Syrien-Konflikt“ (Petition 37867 an den Deutschen Bundestag) zu unterstützen. Die Petition kann unter <https://epetitionen.bundestag.de/epet/petuebersicht> unterstützt werden.

Beschluss

Beteiligung der DKP an den Bundestagswahlen 2013

Von einer flächendeckenden Beteiligung an den Bundestagswahlen 2013 mit einer Bundesliste oder Landeslisten wird abgesehen.

Der Parteivorstand wird mit den Bezirken beraten, inwieweit es in den Bezirken Kreise gibt, in denen eine Erststimmen-Kandidatur der DKP auf Kreisebene organisatorisch leistbar und politisch sinnvoll ist.

(Beschlossen mit 9 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen)

Beschluss

Der Parteivorstand fordert die Verantwortlichen für den Luxemburg-Liebknecht-Fonds – Nina Hager, Christian Koberg, Rolf Priemer – auf, zum Jahresende 2012 den Luxemburg-Liebknecht-Fonds von den Konten und der Buchhaltung der DKP zu trennen.

(Beschlossen mit 1 Enthaltung)

Beschluss

Ab sofort wird als Chefredakteurin der Zeitung der DKP „Unsere Zeit – UZ“ die Genossin Nina Hager benannt. Diese Aufgabe wird bis zum 20. Parteitag der DKP wahrgenommen.

Der Genosse Wolfgang Teuber arbeitet weiterhin als Mitglied in der Redaktion der UZ.

(Beschlossen mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

Der Parteivorstand bestätigte das Herangehen des Sekretariates des Parteivorstandes an den Jugendpolitischen Ratschlag (siehe Einladung). Vor dem Hintergrund erklärte Wera Richter ihren Rücktritt von ihrer Verantwortlichkeit für Jugendpolitik.



Einladung

zum

Jugendpolitischen Ratschlag der DKP

am: 26. Januar 2013 (11.00-17.00 Uhr)
Freizeitheim Linden, Windheimstr. 4, 30451 Hannover

Liebe Kollegin, lieber Kollege

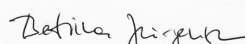
mit dem Jugendpolitischen Ratschlag der DKP verfolgen wir das Ziel den Austausch von Informationen, Meinungen, Positionen und Forderungen zu verschiedenen Feldern der Jugendpolitik und jugendspezifischer Zugänge zu gesellschaftlichen Problemen unserer Zeit vorwärts zu bringen. Dabei kommt es uns darauf an, verschiedene Sichtweisen und Standpunkte zu erfahren und zugleich gemeinsames Handeln im Interesse der Jugend zu befördern. Dazu laden wir VertreterInnen verschiedener Jugendverbände und InteressensvertreterInnen der Jugend ein.

Insbesondere wollen wir uns auseinandersetzen mit:

•der Jugendarbeitslosigkeit •Prekarisierung und Leiharbeit •der Situation Jugendlicher mit Migrationshintergrund in Ausbildung, Betrieb und in Warteschleifen •mit der Situation junger Frauen und Mädchen •den Forderungen und ihren Durchsetzungsmöglichkeiten in der Jugendtarifpolitik •den Erfahrungen im Kampf um die Übernahme nach der Lehre •der Hochschulpolitik •der Situation an den Berufsschulen

Wir würden uns sehr freuen, Dich für unseren Jugendpolitischen Ratschlag gewinnen zu können und bitten Dich, im Planum bzw. in einer der Arbeitsgruppen Deine Erfahrungen und Positionen in die Diskussion einzubringen.

Mit solidarischen Grüßen



Bettina Jürgensen
Vorsitzende der DKP

Der Parteivorstand beschloss in Vorbereitung des 20. Parteitages weiter:

- Kriterien, die bei der Erarbeitung eines Wahlvorschlages für den auf dem 20. Parteitag zu wählenden Parteivorstand berücksichtigt werden sollen. Die Beschlussfassung über den Wahlvorschlag soll auf der 12. PV Tagung erfolgen.
- den Vorschlag für die Geschäftsordnung des 20. Parteitages
- den Mandatsbogen für den 20. Parteitag
- den Vorschlag für die Wahlordnung des 20. Parteitages
- den Termin der 12. PV Tagung: 16./17. Februar 2013

Beschluss

Arbeitszeit verkürzen! Für die 30-Stunden-Woche. Für ein neues Normalarbeitsverhältnis!

Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet, bzw. verhindert werden. Diese kann nicht allein Sache von Tarifpolitik sein, sondern muss zudem Gegenstand eines gesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche (Arbeitszeitgesetz) und tarifvertragliche Regelungen sein. Die Überzeugung der Menschen in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für dieses Ziel zu kämpfen ist die Voraussetzung für einen Erfolg.

Das Erreichen eines solchen Ziels soll

- die Schaffung von bis zu 6 Millionen neuer, derzeit fehlender Arbeitsplätze ebenso befördern, wie der Erhalt bestehender. Arbeitsverhältnisse sichern.
- Damit kann ein neues Normalarbeitsverhältnis mit 30 Stunden an höchstens 5 Tagen definiert werden, von dem der Beschäftigte auch leben kann.
- Einen bedeutenden Schritt hin zur Gleichstellung sowohl der Geschlechter als auch der Generationen im Arbeitsprozess machen.
- Den massenhaft ansteigenden frühzeitigen Erkrankungen aufgrund der Anforderungen im Arbeitsleben, auch dem vorzeitigen Ausscheiden durch Erwerbsunfähigkeit kann damit entgegengewirkt werden. Die Frühverrentungen mit erheblichen Abschlägen, mit drohender Altersarmut müssen verhindert werden.
- Die als Druckmittel missbrauchte industrielle Reservearmee würde erheblich verkleinert und damit der Druck auf Arbeitenden und ihre Gewerkschaften reduziert, ihre Ausgangslage für weitere Kämpfe verbessern.
- Mehr Zeit zum Mensch sein! Den arbeitenden Menschen muß wieder zeitlicher Freiraum für Familie und Erholung, kulturelles Leben wie auch gewerkschaftliches und politisches Engagement geschaffen werden.
- Jungen Menschen wird damit eine Berufs- und Lebensperspektive möglich, die sie nicht auf Phasen kurzfristiger Beschäftigung, in Form von Praktika, Leiharbeit oder Zeitverträgen fesselt. Leben muss lebenswert sein. Für alle!
- Demografische Entwicklung und Facharbeitermangel bleiben Heißluftargumente des Kapitals, weil hunderttausenden jungen Menschen eine qualifizierte berufliche Bildung seit Jahrzehnten vorenthalten wird. Hunderttausende können mit kürzerer (Voll-)Arbeits-

zeit den Spagat zwischen beruflicher Tätigkeit und häuslicher Erziehungs- und Pflegearbeit beikommen.

- Menschen, die nach einem Arbeitsleben den Ruhestand ohne Armut verbringen wollen dürfen nicht erst ab 67 Jahren (oder gar noch später) diesen genießen können. Lebensarbeitszeitkonten, wie von einigen Gewerkschaften gefordert, bzw. schon in Teilen praktiziert, sind nicht nur keine Alternative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit sondern eine Arbeitszeitverlängerung in jungen Jahren oder in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls.
- Dem Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit sowie von Werkverträgen als besondere Form der Erpressung von Arbeitnehmern durch das Kapital würde sukzessiv der Boden entzogen. Durchsetzung und Kontrolle der Umsetzung ist mit einer im Vergleich zu heute erweiterten Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte und Personalräte zu sichern. Im Betrieb kann Personalausgleich beurteilt werden und Leistungsverdichtung verhindert werden.
- Der Reichtum unseres Landes, der ungeheurer angehäufte Reichtum der 10 % "Ober"schicht, die steigende Produktivität und die Gewinne der Unternehmen erlauben den Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auf die 30 Stundenwoche.

Darum ist es Zeit für:

- eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Das Erreichen einer 35-Stunden-Woche kann nur ein Zwischenschritt sein.
- ein Renteneintrittsalter von 60 Jahren,
- sechs Wochen gesetzlich garantiertem Mindesturlaub,
- eine gesetzliche Beschränkung der Höchstarbeitszeiten von 8 Stunden am Tag und 40 Stunden wöchentlich im Arbeitszeitgesetz in einer 5-Tage-Woche und bei Erhalt des freien Wochenendes.
- Einschränkungen, langfristig das Verbot von Leih- und Zeitarbeit sowie 1-Euro-Jobs, dem Missbrauch von Werkverträgen und ähnliches mehr, sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde.

Auch der weiteste Weg beginnt mit dem ersten Schritt.

Die Mitglieder und Gliederungen der DKP sind aufgerufen vielfältige Ideen, Aktivitäten und Beiträge im Kampf um die Köpfe zu entwickeln und umzusetzen.

Dazu zählen

- regelmäßige Beiträge in der UZ, UZ-Extra und auf kommunisten.de,
- kurze Druckvorlagen für Flugblätter und Gruppenzeitungen, für regionale und lokale Internetseiten der DKP,
- eine Sammlung von Beiträgen, Artikeln etc. auf einer allgemein zugänglichen Internetseite,
- zumindest ein Bildungsthema, ggf. mehrere über einen längeren Zeitraum,
- Seminar(e) an der KLS
- Konferenzen und Beratungen, in Bezirken und Kreisen, Mitgliederversammlungen und öffentliche Veranstaltungen,
- auch mit der Unterstützung wissenschaftlich arbeitender GenossInnen und/oder anderer hier engagierter Persönlichkeiten (ReferentInnenlisten)
- mittelfristig bundesweite Aktionstage
- Mitarbeit nach Kräften in den bundesweiten und regionalen Initiativen und Veranstaltungen in Bündnissen um die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung.

Beschluss

Der Parteivorstand stellt fest, dass die Mitgliederversammlung in Sachsen-Anhalt zu der der Parteivorstand in Absprache mit dem Koordinierungsrat eingeladen hat, nicht stattgefunden hat.

(Beschlossen mit 2 Enthaltungen)

Beschluss

Der Parteivorstand beauftragt das Sekretariat, sich mit dem Koordinierungsrat Sachsen-Anhalt in Verbindung zu setzen, um eine Lösung für die Wahl der Delegierten zu finden.

(Beschlossen mit 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung)

Beschluss

Antrag an den 20. Parteitag der DKP
Antragstellerin: Sekretariat des Parteivorstandes

Statutenänderung zur Delegiertenwahl Parteitag

Änderung des Artikels 7 in Ziffer 4.

4. entsprechend dem vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssel und in Abstimmung mit den Kreisorganisationen sowie den kreisfreien Gruppen die Delegierten zum Parteitag.

(... gestrichen wird: die einem Drittel der von den Kreisorganisationen gewählten Delegierten entspricht)

Änderung des Artikels 6

Ziffer 5. wird ersatzlos gestrichen.

Ziffer 6. wird ersatzlos gestrichen.

Änderung des Artikels 7

Ziffer 4. vorletzter Absatz wird verändert in , auf denen die Delegierten – dem Delegiertenschlüssel entsprechend – gewählt werden. (gestrichen wird: mindestens aber drei Delegierte)

Für die DKP in einem solchen Bundesland ... (weiter wie geschrieben)

(Beschlossen mit 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung)

11. Tagung des Parteivorstands der DKP

24./25. November 2012, Essen

Schlusswort

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu dieser Tagung hatten wohl alle Mitglieder des Sekretariats nicht daran gedacht, dass es eng wird mit unserem Zeitplan. Im Gegenteil: es gab zunächst die Überlegung, was wir denn außer der Beschlussfassung am Sonntag noch als zusätzlichen Punkt aufnehmen. Doch die Realität zeigt, dass wir zu Recht nur die Vorbereitung des Parteitags auf die Tagesordnung genommen haben.

Ich möchte gar nicht so weit ausschweifen. Nach unserer Diskussion zum Schwerpunktthema Frauenpolitik heute haben wir festgestellt, wie wichtig es ist, das Thema nicht nur im Parteivorstand, sondern in den Gremien, in den Gruppen und Vorständen entsprechend auszuwerten und einzuschätzen. Da möchte ich wirklich allen Parteivorstandsmitgliedern generell noch mal ans Herz legen, die Parteivorstandstagungen in unseren Bezirken und möglicherweise darüber hinaus auszuwerten. Ein „Aha-Erlebnis“ schien es zu sein – zumindest teilweise – wie die Frauenfrage auch verbunden werden kann, ja verbunden werden muss mit der gesamten Politikentwicklung, die sich in unserem Land vollzieht. Und das trifft doch nicht nur auf Frauenfragen zu, sondern eigentlich auf alle Fragen der Gesellschaft. Es ist genau das, was wir eigentlich immer machen müssen, nämlich jedes spezifische Thema immer verbinden mit der gesamten Politik und der gesamten Politikentwicklung. Und dann müssen wir sehen: Was bedeutet das konkret für diesen einen Bereich? Wir müssen diese Schnittstellen finden und entsprechend versuchen, dann in und außerhalb der Partei zu diskutieren. Dies ist auch ein Weg, wie wir mit den Menschen ins Gespräch kommen, weil das dann ihre persönlichen, vielleicht auch nur punktuellen Interessen und Anliegen betrifft. Und es zeigt auch, wie wir diese Interessen wahrnehmen, damit umgehen und uns gemeinsam dafür einsetzen können.

Unser Beschluss zur Bundestagswahl lässt der Partei in den Kreisen und den Bezirken die Möglichkeit zur Diskussion über die Frage, ob es politisch vor Ort darauf ankommt, mit der DKP Direktkandidaten zu profilieren oder die Politik so zu entwickeln, dass wir mit Wahlaussagen unsere Forderungen stellen oder zur Wahl anderer Parteien aufzurufen. Wie wir insgesamt politisch in den Wahlkampf eingreifen, das wurde jetzt nicht diskutiert.

Dass wir zum dritten Mal über den Jugendpolitischen Ratschlag beraten und beschlossen haben, hat zwei Seiten. Es zeigt natürlich, wie wichtig uns die Frage der Jugendpolitik ist und wie ernsthaft auch die Debatte um den richtigen Weg darum geführt wird. Es zeigt aber auch, dass wir in dieser Frage nicht nur im Parteivorstand, sondern auch in unseren Gruppen mehr Diskussionen mit der Jugend und zu inhaltlichen Fragen der Jugendpolitik entwickeln müssen. Von daher bin ich sehr dafür, wie wir den Jugendpolitischen Ratschlag vorbereiten wollen: nämlich uns erst überhaupt einmal zu informieren darüber, was Jugend in diesem Land heute will. Und das mit den Jugendlichen, die in unterschiedlichen Politikbereichen aktiv sind. Die uns ihre Erfahrungen und Meinungen darstellen und mit uns diskutieren. Nach diesem Ratschlag müssen wir dann an die Auswertung gehen, die Lage analysieren und eigene Forderungen zur Jugendpolitik entwickeln. In allen diesen Wegen soll die SDAJ dabei sein. Danach sollten wir mit der SDAJ gemeinsame Kraft entwickeln und Aktivitäten vor den Betrieben, in den Gewerkschaften, den beruflichen Schulen – und hier Anstrengungen entwickeln, in der Jugendarbeit der DKP weiterzukommen.

Uwe hat heute noch einmal in seinem Diskussionsbeitrag betont, dass wir bei der Parteitagsvorbereitung ebenfalls daran denken müssen, in welcher Zeit dieser Parteitag stattfindet. Er hat darauf verwiesen, dass die Tarifkämpfe dann gerade laufen und die Frage gestellt, was wir als Partei dazu einbringen können. Als kommunistische Partei muss das auch auf unserem Parteitag eine Rolle spielen, wie sich die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen in diesem Land entwickelt. Und es ist unsere Verantwortung als Vorstand, das mit einzubeziehen. Wenn wir unseren Parteitag politisch vorbereiten, dürfen wir nicht nur darauf sehen, wie wir selber uns in unserer inhaltlichen Debatte um den Weg der DKP (Stichwort Hegemoniebestrebung) auf dem Parteitag verhalten. Als KommunistInnen müssen wir die aktuellen Kämpfe in unserem Land einbeziehen in die Entwicklung unserer Politik. Und das ist auch ein Punkt, den wir auch in der Personaldebatte, vor und auf dem Parteitag, mit einbeziehen müssen.

Beschlossen haben wir eine Veränderung zur UZ-Redaktion – damit komme ich zu meinem letzten Punkt, den ich hier ansprechen möchte. Mein Dank geht zunächst an Nina, die sich schnell bereit erklärt hat, die Aufgabe der Chefredakteurin bis zum Parteitag zu übernehmen. Wir alle wissen, in welcher Situation und unter welchen Anstrengungen die Zeitung hergestellt wird. Wir wissen, dass die Auseinandersetzungen in der Partei, die inhaltliche Debatte natürlich auch die UZ-Redaktion immer wieder vor Fragen stellt, wie z.B. was veröffentlichen wir, und auch die Rückmeldung und Kritik aus der Partei, weil irgendein Artikel vielleicht nicht veröffentlicht wird, gelangt an die Redaktion. Das sind Dinge, die natürlich auch belasten und die Arbeit erschweren. Diese Verantwortung liegt nun in den nächsten Monaten bei Nina, die wir nach Kräften unterstützen sollten. Von dieser Stelle wollen wir auch dem Genossen Wolfgang Teuber danken. Er hat viele Jahre die Arbeit als Chefredakteur geleistet. Aus gesundheitlichen Gründen hat er darum gebeten, von dieser Funktion in der Redaktion entbunden zu werden. Er wird als Redakteur für den betrieblichen und Gewerkschaftsteil auf jeden Fall weiter auch in der UZ arbeiten. Es ist also kein Wechsel des Personals der Redaktion, sondern einer der Chefredaktion. Wir wünschen Wolfgang von dieser Stelle gute Besserung!

Euch wünsche ich nun einen guten Appetit und einen guten Nachhauseweg. Und meine große Bitte zum Schluss: Nehmt das, was wir diskutiert haben zu der Frage der Durchführung von Konferenzen und Versammlungen in Vorbereitung des Parteitages ernst. Denkt daran, dass dieser Parteitag vor wichtigen Entscheidungen steht. Wir müssen ihn ordnungsgemäß laut Statut und Parteiengesetz durchführen und ihn nicht infragestellen lassen. Das würde unsere Partei weder finanziell, noch organisatorisch und sicher auch nicht inhaltlich besser stellen.